

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei  
Einschickung monatlich 20, durch andere Zusteller je nachdem in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande  
25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie  
unter Auslieferung und Einschickung nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder  
sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungsblätter ohne Rücksicht auf den Bezugspreis.



Zeitungsspreis 20, für die 6 getragenen Hauptzeilen oder deren Raum, Anzeigen, die 3 tägliche Hauptzeilen 20,  
bei Anzeigebildern und Anzeigebildern entsprechend. Bei Anzeigebildern im amtlichen Teil (für den  
Zustellung) die 3 tägliche Hauptzeile 20, Nachmittags-Beilage 50 Pfg. Anzeigensatzungen bis zum 1. Juli  
10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen, überreichen wir keine Garantie. Jeder Anzeiger  
anspricht, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Nachdruck in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 141

Dienstag den 20. Juni 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

### Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande der Genossenschaftsweide Birkenhain ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Als Sperrbezirk wird festgesetzt das Weidgut Birkenhain.

Als Beobachtungsgebiet wird bestimmt die sonstige Gemeinde und Flur Birkenhain, Gemeinde und Gutsbezirk Umbach, Lampersdorf, Lützen, Sorau, der Ortsteil Kneipe der Gemeinde Klipphausen und die angrenzenden Fluren der Gutsbezirke Klipphausen und Wilsdruff bis zur Bahn und bis zur Staatsstraße Wilsdruff-Umbach.

Der Fußweg Birkenhain-Wilsdruff und die sogenannte Silberstraße werden für allen Verkehr gesperrt.

Meißen, am 18. Juni 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Mittwoch den 21. Juni 1922 abends 8 Uhr wird im Gasthof „Weißer Adler“ der Stadthauptamtler Sierks aus Dresden einen Lichtbildervortrag über „Zweck und Nutzen von Bebauungsplänen und Ortsanordnungen“ halten. Die Mitglieder der städtischen Kollegien und sonstige Interessenten werden hierzu eingeladen.

Wilsdruff, am 19. Juni 1922.

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Übergabe Oberschlesiens an die deutschen und polnischen Behörden hat begonnen.
- \* Auf Grund der Annahme der Getreideumlage durch den Reichsrat rechnet man an amtlicher Stelle mit einer annähernden Verdoppelung des Brotpreises.
- \* In Berlin haben die deutschen Kampfpiloten im Stadion begonnen.
- \* In Danzig ist der neue 40.000-Tonnen-Dampfer „Columbus“, das größte Schiff der deutschen Handelsflotte glücklich vom Stapel gelaufen.
- \* Polen richtete an Sowjetrußland eine Note, worin gegen Grenzüberschreitungen durch bolschewistische Truppen Einspruch erhoben wird.

### Abschied von Oberschlesien.

Nun ist, nach einer Anzahl von Vor- und Zwischenstadien, der wirkliche Abschied für die polnisch gewordenen Teile von Oberschlesien da. Das Abnahmungsabkommen wurde unterzeichnet und mit dem 17. Juni 1922 haben danach die letzten Fristen zu laufen begonnen, innerhalb deren die tatsächliche Zerteilung dieses blühenden Industrielandes in einen deutschen und in einen polnischen Teil durchzuführen ist. Von Tag zu Tag fortschreitend wird nun der trennende Keil in blühendes Leben hineingeschlagen, wird polnisch werden, was seit vielen Jahrhunderten zu Deutschland gehört hat, bis schließlich blühend auseinanderklaffen wird, was seit mehr als Menschengedenken untrennbar zusammengehörte.

Für die Grausamkeit einer solchen lebenszerstörenden Prozedur hat man heute außerhalb der unmittelbar davon betroffenen Bevölkerung selber Gottes nicht mehr das volle mitfühlende Verständnis. Die Welt ist müde und matt geworden von all dem Unheil, das sich ringsumher unter kleinen wie großen Völkern in den letzten Jahren ausgebreitet hat. Die meisten Menschen zeigen nur noch für das Verhängnis einige Teilnahme, das sich vor ihren eigenen Augen und Ohren vollendet. Die oberstelesische Tragödie zumal, hat nun schon volle drei Jahre gespielt, die auch nur dieser halbe Abschied — mehr ist es natürlich nicht, kann es nicht sein — erreicht wurde. In einer schmerzhaften Rundschau würdigt der Reichspräsident zusammen mit den Häuptern der Reichs- und der preussischen Staatsregierung die Bedeutung dieses Trauertages, von dem er sagt, daß um seine Vermeidung drei Jahre lang heiß gekämpft worden sei. Ein kostbares Stück deutscher Erde, das in jahrhundertelanger Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Loyalität zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht sei, werde dadurch vom Mutterlande losgerissen, und doch habe sich bei der unter schwierigen Bedingungen vorgenommenen Abstimmung eine große Mehrheit für das alte Vaterland ausgesprochen.

Aber die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, über das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft sei man einfach zur Tagesordnung übergegangen, und der Genset Spruch habe diesen blühenden, lebenden Organismus grausam zerschneiden. Zur rechten Stunde erinnert der Reichspräsident an die Tatsache, die sich uns allen unauflöslich ins Gedächtnis einprägen muß, daß die deutsche Reichsregierung gegen diesen Spruch eine für alle Zeiten gültige Verwahrung eingelegt hat. Man weiß, daß die Franzosen, trotz des Frankfurter Friedens, gegen die von ihnen notgedrungen zugestandene Anerkennung der Annexion Elsaß-Lothringens immer und immer wieder innerhalb wie außerhalb ihrer Kammer protestiert haben, und daß diese Haltung schließlich ihre Früchte getragen hat. Das gleiche Feuer heiligster vaterländischer Aufsehung gegen die Vertreibung deutscher Menschen und deutschen Bodens müssen und werden wir in unserem Volke wach erhalten, solange, bis wieder deutsch geworden ist, was zu uns gehört hat seit Uraltzeiten. Noch einmal dankt der Reichspräsident den von uns scheidenden Oberschlesier für die Treue, die sie uns bewiesen haben. Die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl sollen ihnen gemäß dem so mühevoll zustande gebrachten Abkommen auf ihrer Rechtsgrundlage erhalten bleiben. Den anderen Oberschlesier aber, für die nun nach drei schweren Jahren einer fremden, und man muß es leider ausprechen, einer feindseligen Verwaltung die

Stunde der Zerteilung geschlagen hat, sichert der Reichspräsident die tatkräftige Hilfe des Reiches zur Heilung der Schäden zu, die ihnen in dieser Zeit der Bedrückung zugefügt worden sind. Sie sollen sich durch keine noch so berechtigten Erörterungen zu ungesegneten Handlungen verführen lassen, um nicht ihre zu Polen gefallenen Landsleute noch mehr zu gefährden. „Oberschlesier, in der Schicksalsstunde, die euer Heimatland zerreißt und den Bruder vom Bruder trennt, reicht euch das ganze deutsche Volk die Hand.“

So wird das Verhängnis denn seinen Lauf nehmen, und wir werden nun zusehen, wie man sich der vorläufig letzten Verhängnis, die uns die Feinde auferlegt haben. Ein beispielloser Vorgang, wenn man sich daran erinnert, daß noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein echter Pole, der frühere Erzbischof von Posen, Herr von Stabinski, seine Landsleute dringend davor gewarnt hat, seine Hand nach Oberschlesien auszustrecken, das niemals polnisch gewesen sei und deshalb nicht zum Gegenstand nationaler Kämpfe gemacht werden dürfe. Man hat trotzdem schon vor dem Weltkrieg die Brandfackel in dieses Land geschleudert und seine Zerteilung schließlich durchgesetzt. Erheben wir uns mit dem Gedanken, daß unrecht Gut nimmer gedeihen kann, und stehen wir mit Herz und Hand unseren verlorenen Brüdern bei, daß sie deutsch bleiben können für Zeit und Ewigkeit.

### Evangelische Kirchenträuer.

Am Sonntag fand in allen evangelischen Kirchen Preußens ein vom evangelischen Oberkirchenrat auf Ersuchen des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses angeordnetes halbstündiges Trauergedächtnis für Oberschlesien statt. Im Gottesdienst wurde nach der Predigt eine Trauerandacht gehalten, die mit einer Kollekte für die oberlesischen Gemeinden schloß.

### Der Reichsrat für die Getreideumlage.

Annähernde Verdoppelung des Brotpreises. — Einschränkung der Brotartenangebots.

Die vierte Sitzung der Reichsversammlung ist nunmehr auch vom Reichsrat mit einer starken Mehrheit genehmigt worden und ist dem Reichstage zur Beschlußfassung zugegangen, wo bekanntlich die Mehrheitsverhältnisse für diesen Gegenstand sehr unglücklich sind.

Die Vorlage verlangt wieder wie im Vorjahre eine Umlage von 2½ Millionen Tonnen. Der Reichsrat stellte sich in der Aussprache auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Brotversorgung allein gesichert ist auf dem Wege der Umlage.

Die Abstimmung in der Vollsitzung ergab 49 Stimmen für und 16 gegen die Vorlage.

Mit „Nein“ stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, Hessen-Kassau und Württemberg. — Der Gesetzentwurf hat gegenüber dem vorjährigen Gesetz wesentliche Änderungen erfahren, indem in manchen Punkten der Landwirtschaft entgegengekommen gezelet wurde. So ist vor allem vorgesehen, daß die Länder bei Festsetzung des Lieferpreises auch die sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche einbeziehen können, wobei bis zu 5 Hektar freibleiben sollen. Auch ist die Auslieferung von Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher bei der Verteilung vorgesehen. Eine größere Öffentlichkeit des Verteilungsverfahrens ist durch öffentliche Auslegung von Listen vorgesehen, die vor der endgültigen Festsetzung des Lieferpreises das in Aussicht genommene Liefervermögen angeben.

Die Umlagepreise werden wesentlich höher als die bisherigen. Es soll der Landwirtschaft außer den Herstellungskosten auch ein angemessener Unternehmergewinn und eine gewisse Sicherheit gegen eine künftige Steigerung der Erzeugerpreise gegeben werden. Angenommen wurde eine Entschärfung, in der angeregt wird, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger sein möge als dreiviertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922, für die zweite Hälfte nicht niedriger als dreiviertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922.

Die versorgungsberechtigte Bevölkerung soll eine gewisse Begrenzung erfahren. Von einer bestimm-

ten Höhe des Vermögens und des Einkommens an, über die die Finanzminister und Ernährungsminister der Länder im Einvernehmen mit dem Reichsrat noch Beschluß fassen werden, soll das Recht auf Brotartenbezug in Wegfall kommen, jedoch voraussichtlich nur für die sehr hohen Besitzklassen. Der Preis des Marktbrottes wird übrigens eine starke Annäherung an den Preis des marktfreien Brotes erfahren.

Der bisherige Brotpreis wird auf annähernd das Doppelte erhöht werden müssen, da Verbilligungsgelder wie im Vorjahre nicht zur Verfügung stehen und mindestens die gleiche Menge Auslandsgetreide wie im Vorjahre eingeführt werden muß.

Die Regierungsgesellen betonen demgegenüber, daß der Sinn der öffentlichen Brotversorgung nicht nur in und Preisstabilisierung zu erblicken ist. Die Einschränkung der Umlage wird in diesem Maße bedeutend schwieriger sein als im Vorjahre. Die Regierung denkt jedoch, daß die Landwirtschaft sich dem Gesetz gegenüber anders stellen wird als dem Gesetzentwurf, zumal man ihr im Punkte des Preises entgegenkommt.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich

#### Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Im Beamtenausschuß des Reichstags gab der Beauftragte des Reichsfinanzministeriums eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Reichsregierung die Notwendigkeit von Steuerungsmaßnahmen für die Beamten nicht verkenne, die Regierung ist bereits in Erwägungen eingetreten, in welcher Art und in welchem Maße diese Erhöhung erfolgen muß. Eine abschließende Stellungnahme ist noch nicht möglich, da zunächst noch mit den wirtschaftlichen Verbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten Fühlung genommen werden muß. Im allgemeinen werden die zu treffenden Maßnahmen sich in der Richtung einer Erhöhung des Steuerungsbeitrages bewegen.

#### Die letzte politische Rede Scheidemanns

Wurde in Berlin vor einer Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei gehalten. Scheidemann legte seinen Ausführungen das Thema „Der Feind steht rechts“ zugrunde und meinte, ein demokratisches Deutschland, wie er und seine Gefinnungsgenossen es verlangen, hätte vor dem Krieg und vor allem Unheil bewahren können. Die Propaganda für eine revolutionäre Bewegung im Sinne eines Kampfes mit der Waffe hätte die Sozialdemokratie stets abgelehnt. Seine Freunde seien Revolutionäre im wissenschaftlichen Sinne, nicht im Sinne des Raschens, gewaltsam und der Handgranate. In der Regierung sitzen, sei jetzt Pflicht und von großem Vorteil für die Arbeiterschaft. Aber draußen sein, könne unter Umständen eine noch größere Pflicht und von größerem Vorteil sein. Scheidemann schloß mit den Worten: „Wir werden den Feind von rechts am schnellsten niederringen, wenn die Arbeiterschaft sich zusammenschließt, wenn vor allem die Unabhängigen den Trennungsschritt zwischen sich und den Kommunisten ziehen und auf den Boden der Demokratie zurückkehren.“

#### Aber die Haltung der deutschen Presse

Insofern auf der Hamburger Tagung deutscher Zeitungsverleger noch der Staatssekretär Dr. Sierks vom Reichs-Verkehrsministerium, der als Vertreter der Reichsregierung an der Versammlung teilnahm. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage gab er die Grundgedanken des Gesetzentwurfs zur Linderung der Not der Presse bekannt, den die Reichsregierung angenommen hat. Der Gesetzentwurf, der sofort dem Reichsrat vorgelegt wird, stellt einen Versuch dar, der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse in gewissem Maße zu steuern. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde einstimmig Breslau gewählt, in dem Wünsche, im nächsten Jahre in dem Gebiet des Reiches zu wirken, das durch den Verlust eines wichtigen Teiles von Oberschlesien in erster Linie und unmittelbar betroffen ist.

#### Die Bayern und der Reichspräsident.

Zur Reise des Reichspräsidenten Ebert nach Bayern veröffentlicht die amtliche Bayerische Staatszeitung ein Nachwort, in dem es heißt: „Es hat in München Leute ge-